

Liechtensteiner Volksblatt

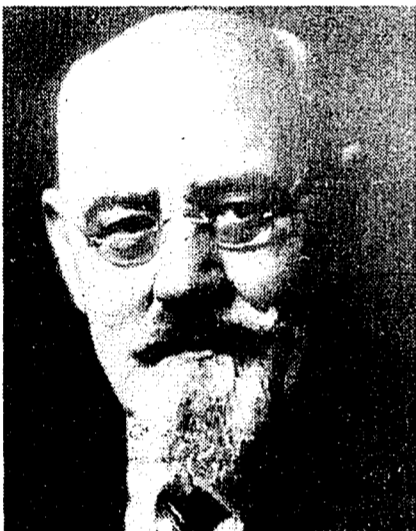
Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

AKTUELL

Hochschul-Abkommen

Bern (AP) Die Schweiz und Österreich sind übereingekommen, Hochschuldiplome und Studienleistungen gegenseitig anzuerkennen. Das entsprechende Abkommen ist am Mittwoch in Wien vom Schweizer Botschafter Francois Pictet und vom österreichischen Wissenschaftsminister Erhard Busek unterzeichnet worden und tritt auf Februar 1994 in Kraft, wie das EDI am Mittwoch mitteilte.

Das Abkommen ermöglicht Studierenden aus beiden Ländern, ihre Studienzeiten, Prüfungen und Abschlussdiplome im anderen Land anerkennen zu lassen. Sie können somit ohne weitere Zwischenprüfungen oder Zusatzstudien ihre Ausbildung weiterführen und abschliessen. Es ist dies nach Angaben des Eidgenössischen Departementes des Innern (EDI) das erste derartige Abkommen der Schweiz.



75 Jahre Republik

Morgen feiert die Republik Österreich ihr 75jähriges Bestehen. Im November 1918 gab es allerdings nach Auffassung der Historiker keine Revolution. Der Übergang von der Monarchie zur Republik vollzog sich aufgrund der Kooperationsfähigkeit der alten und neuen Eliten in bemerkenswert friedlicher Form. Eine bedeutende Rolle beim Übergang von der Monarchie zur Republik spielte Karl Renner (Bild) der spätere Bundeskanzler (1919/1920), Präsident des Nationalrates (1931-1933) und Bundespräsident (1945-1950) von Österreich.

Wirtschaftswachstum

Basel (AP) Der Bankverein erwartet nächstes Jahr ein leichtes Wirtschaftswachstum. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) soll laut einer Mitteilung vom Mittwoch in Basel um ein Prozent wachsen, die Jahresteuern auf etwa 1,5 Prozent sinken. Die Arbeitslosenzahl dürfte 200 000 oder 5,7 Prozent erreichen. Für den Privatkonsum wird eine Stagnation vorausgesagt.

Landesausschuss entscheidet über Koalition oder Opposition

Nach breiter Diskussion in den FBP-Gremien und in den Ortsgruppen befasst sich der Landesausschuss mit einem Verhandlungsmandat

(G.M.) - In einer vergleichbar sehr kurzen Zeit sind in den FBP-Gremien sowie in den Ortsgruppen die Vor- und Nachteile einer Regierungsbeteiligung oder der Oppositionsrolle für die FBP in den nächsten vier Jahren erörtert worden. Der Landesausschuss, der heute Donnerstagabend in Vaduz zusammentritt, wird sich erneut mit dieser Angelegenheit beschäftigen und nach Anhörung der verschiedenen Berichte über die Frage der Regierungsbeteiligung oder Opposition über ein Verhandlungsmandat entscheiden.

In der Vergangenheit wurden die Erörterungen der Koalitionsfrage an der Parteibasis nicht immer in einem derart geringen Zeitraum erledigt, wie dies in den vergangenen zwei Wochen innerhalb der FBP-Ortsgruppen der Fall war. Nachdem sich der Landesausschuss an seiner ersten Sitzung nach den Wahlen für eine breite Abstützung der Entscheidung ausgesprochen hatte, wurden sofort in den Ortsgruppen die Delegierten zur Diskussion und Meinungsbildung zusammengerufen. Die Ergebnisse dieser Basisarbeit, ergänzt durch Berichte der neugewählten Landtagsfraktion, des Präsidiums, der Jungen FBP und der Frauen in der FBP, stehen dem Landesausschuss heute abend zur weiteren Erörterung zur Verfügung. Erwartet wird eine grundsätzliche Entscheidung, verbunden mit einem Verhandlungsmandat, sofern der Entscheid zugunsten einer weiteren Zusammenarbeit mit der VU ausfällt.

Zwei breite Strömungen in der FBP

Wie sich schon in der ersten Diskussion über Regierungsbeteiligung oder



Der FBP-Landesausschuss, der seine erste Sitzung nach den Wahlen - wie unser Bild zeigt - im Foyer des Vaduzer Saals abhielt, beschäftigt sich heute Donnerstagabend erneut mit der Frage der Regierungsbeteiligung. (Archivbild)

Opposition im Landesausschuss zeigte, gibt es zwei breite Strömungen in der FBP: Die eine Gruppe spricht sich für eine weitere Zusammenarbeit mit der VU aus, die andere Gruppe möchte die FBP in eine echte Opposition führen. In den Versammlungen in den Ortsgruppen sowie in anderen FBP-Gremien, die sich mit dieser Frage auseinandersetzten, bot sich ungefähr das gleiche Bild. Beide Seiten vermögen für ihre Position verschiedene Gründe anzuführen, die sowohl in ihrer grundsätzlichen Art wie auch in bezug auf die aktuelle Situation ihre Berechtigung haben. Der Landesausschuss steht deshalb vor einer nicht leichten Aufgabe, wenn er entscheiden

muss, ob wieder eine Regierungsbeteiligung angestrebt werden soll oder nicht.

Gründe dafür und dagegen

Für eine Regierungsbeteiligung spricht nach den Ergebnissen der Umfragen an der Parteibasis, dass die FBP auch weiterhin ein Stück Verantwortung für den Staat mittragen müsse, auch wenn sie nicht die Rolle der Mehrheitspartei ausübt. Auf der anderen Seite wird der Gang in die Opposition als Stärkung der Glaubwürdigkeit für eine Partei empfunden, die eine Niederlage bei den Wahlen hinnehmen musste. Überdies werten viele Bürgerinnen und Bürger die Übernahme der Oppositions-

rolle als ein deutliches Zeichen für eine politische Wende, während andere die neue politische Kultur auch im Rahmen einer Regierungsbeteiligung verwirklicht sehen wollen. Für eine weitere Zusammenarbeit auf Regierungsebene spricht nach Auffassung vieler, dass die FBP damit die notwendigen Informationen erhält, um eine zukunftsgerichtete Politik betreiben zu können. Die Gegner einer Regierungsbeteiligung argumentieren, dass die Verantwortung für die Politik der Mehrheitspartei überlassen werden sollte, da die VU als Mehrheitspartei die Tendenz habe, den Minderheitspartner für alles mitverantwortlich zu machen. Während die einen auch den Aspekt der Kontrolle der Mehrheitspartei für eine Opposition besonders unterstreichen, sind andere der Auffassung, dass die Kontrollmöglichkeit der Mehrheitspartei bereits in der Regierung gegeben sein sollte.

Wie steht es mit der Regierungsreform?

Die Liste der Argumentation für oder gegen eine Regierungsbeteiligung ist in den Ortsgruppen und in den FBP-Gremien wesentlich umfangreicher ausgefallen. Hinzu kamen verschiedene offene Fragen, die von der VU bisher noch nicht beantwortet wurden. Im Mittelpunkt steht die Frage der Regierungsreform, und in diesem Zusammenhang auch die Frage nach der Beschäftigungsquote für die nebenamtlichen Regierungsmitglieder. Oder gibt es in der künftigen Regierung gar keine nebenamtlichen Regierungsräte mehr? Sind alle zu 80 Prozent beschäftigt wie der derzeitige VU-Regierungsrat im Nebamt?

Die Industrie hat die konjunkturelle Talsohle durchschritten

Optimistische Erwartungen der Nicht-Metallbranche in Industrie und Gewerbe bis Ende Jahr - Metallbranche noch zurückhaltend

(G.M.) - Nach dem Konjunkturtest vom 3. Quartal erwartet die Industrie und das produzierende Gewerbe eine Verbesserung der allgemeinen Situation bis zum Jahresende. Die Exportindustrie scheint die Talsohle gesamthaft durchschritten zu haben, obwohl sich noch Unterschiede nach Branchen zeigen. Die optimistischen Erwartungen gründen auf einem Zuwachs der Auftragsgänge.

Die effektive Situation in der Industrie und im produzierenden Gewerbe stimmt mit den Ausblicken in das jeweils nächste Quartal, wie sie vierteljährlich im Konjunkturtest veröffentlicht werden, nahezu überein. Allerdings ist entgegen den Prognosen im Frühjahr ein gewisser Verzögerungseffekt in bezug auf die vorgeschagten Verbesserungen eingetreten. Die Anlagenauslastung sank im 3. Quartal zwar leicht ab, wenn die gesamte Branche betrachtet wird, doch immerhin 11 Prozent der Unternehmen rechnen mit einer Steigerung der Anlagenauslastung. Bei den Auftragsgängen scheint die prognostizierte Aufwärtsbewegung nicht im erhofften Aus-

mass eingetroffen zu sein, doch erwarten 90 Prozent der Unternehmen einen steigenden oder zumindest gleichbleibenden Auftragsgang für das Schlussquartal 1993.

Exportindustrie mit Zuwachs

Die Exportindustrie dürfte die Talsohle in diesem Jahr durchschritten haben. Schon nach Abschluss der ersten Jahreshälfte zeichnete sich nach Angaben der Industrie- und Handelskammer ein Anstieg der wertmässigen Exporte gegenüber dem Vorjahr ab, die damals eine Summe von 2,5 Milliarden Franken erreicht hatten. Der erneute Anstieg der wertmässigen Ausfuhren hängt, wie die Industrie- und Handelskammer ausführte, mit der guten Diversifizierung der industriellen Unternehmen zusammen. Ausserdem konnten die Exportunternehmen ihre stagnierenden Ausfuhren auf den einen Märkten, beispielsweise in Deutschland, durch die Erschliessung neuer Märkte kompensieren.

Erwartungen der Metallbranche

Aus den Ergebnissen des Konjunktur-

tests ist allerdings ersichtlich, dass zwischen der Metallbranche und den Nicht-Metallbetrieben ein Unterschied festzustellen ist. Während die Metallbranche die allgemeine Lagebeurteilung mit einer beinahe stagnierenden Situation definiert, weist die Kurve der Erwartungen der Nicht-Metallbranche bis zum Jahresende steil nach oben. Die im Konjunkturtest enthaltenen Daten repräsentieren 90,6 Prozent der Beschäftigten in dieser Branche, die rund zwei Drittel aller Arbeitskräfte in Industrie und produzierendem Gewerbe beschäftigt. Die Anlagenauslastung ist in diesem Sektor im 3. Quartal zurückgegangen, für die weitere Zukunft wird gar eine weitere Abkühlung in der Auslastung der Anlagen erwartet. Mit Blick auf das Schlussquartal 1993 prognostizieren nur 3 Prozent eine steigende Auslastung, während 53 Prozent von einer gleichbleibenden und 44 Prozent von einer rückläufigen Anlagenauslastung ausgehen.

«Markante Verbesserung» in der Nicht-Metallbranche

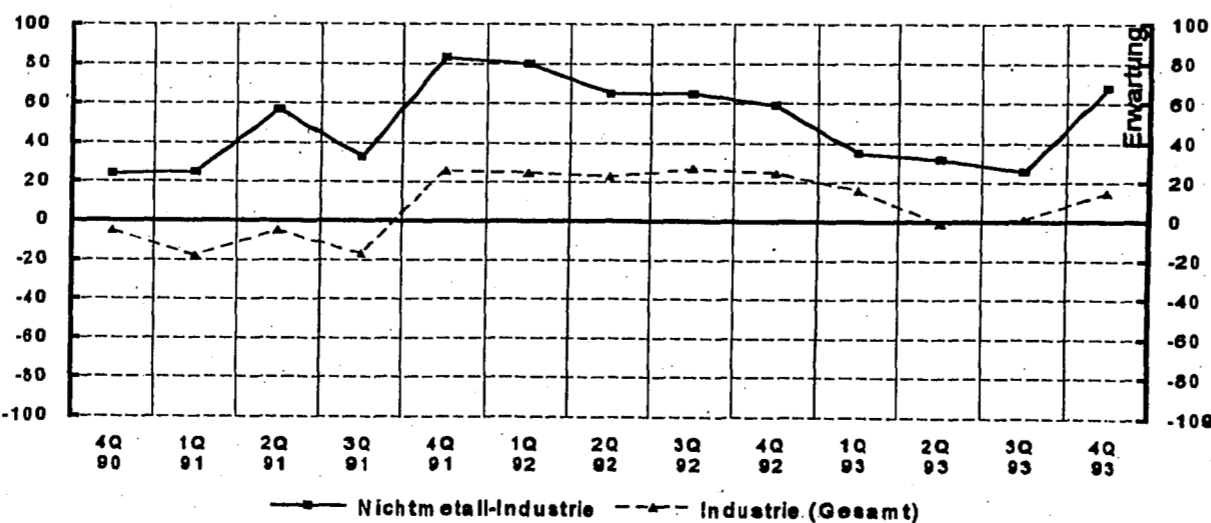
Die Nicht-Metallbranche zeigte sich in

den letzten drei Jahren konjunkturresistenter als die Metallbranche, was sich in einer Lagebeurteilung auf höherem Niveau niederschlägt. Dieses Niveau konnte im 3. Quartal gehalten werden, die Prognosen für das Folgequartal lassen eine «kräftige Verbesserung» erwarten. Nach Angaben des Amtes für Volkswirtschaft gehen 69 Prozent der Unternehmen von einer guten und 31 Prozent von einer befriedigenden Situation bis zum Jahresende aus.

Auch die Anlagenauslastung in den Nicht-Metallbetrieben zeigt in der Kurve der Statistik seit anfangs 1993 nach oben. Im Gleichklang damit steht der Auftragsgang, der sich im gleichen Zeitraum leicht verbesserte. Für die nähere Zukunft erwarten die Betriebe eine «markante Verbesserung».

Die Ertragslage der Metallbranche wird im Konjunkturtest als stabil bezeichnet.

Allgemeine Lagebeurteilung der Nicht-Metallbranche



THONY office
FL-9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
Tel. 075/232 44 22

RENOMMIERTESTEN
ZWANZIG DER WELTWEIT
SCHWEIZER MARKENUHREN

huber
1845
Schmid 31
Ruhmsthal

EBEL
les architectes du temps